



Verband der Schweizer Studierendenschaften
Union des Etudiant·e·s de Suisse
Unione Svizzera degli studenti di scuole universitarie
Uniun svizra da studentas e students

Laupenstrasse 2 Tel. +41 31 382 11 71 info@vss-unes.ch
CH – 3001 Bern Fax +41 31 382 11 76 www.vss-unes.ch

„Bologna nach 2010 – was es jetzt braucht!“

Positionspapier des VSS zum Stand der Implementierung und der weiteren Umsetzung des Bologna-Prozesses

Im Hinblick auf die MinisterInnenkonferenz in Leuven im April 2009 ist es für den VSS notwendig die bisherige Umsetzung des Bologna-Prozesses zu bewerten, festzustellen welche konkreten Verbesserungen und Probleme sich für die Studierenden ergeben haben, sowie sich dazu zu äussern wie es mit der Reform auf europäischer und auf nationaler Ebene weiter gehen soll. Mit diesem Positionspapier möchte der VSS genau dem nachkommen. Ausgehend von der zunächst ablehnenden Haltung des VSS und den in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen möchten wir eine Bestandsaufnahme wagen und die gegenwärtigen Herausforderungen beschreiben. Aus diesem Teil ergeben sich für den VSS studentische Forderungen an das weitere Vorgehen und das Setzen der Prioritäten in der nationalen und europäischen Politik sowie in den Hochschulen selbst.

Verabschiedet durch die 149. Delegiertenversammlung in Bern, März 2009.

Bologna und der VSS

Als es um die Frage ging, ob auch die Schweiz den Bologna-Prozess umsetzen sollte, fasste der VSS die Nein-Parole und auch viele der europäischen Partnerstudierendenverbände nahmen eine kritische bis ablehnende Haltung ein. Die auf dem Papier durchaus reizvollen Ziele der verstärkten Kooperation von Hochschulinstitutionen, der gegenseitigen Anerkennung der Abschlüsse und Studienleistungen, der Steigerung der Mobilität sowie der Sicherung der Qualität der Hochschulbildung in Europa schienen dem VSS durch den Bologna-Prozess nicht erreichbar zu sein. Die Gefahr einer einseitigen Ausrichtung der Hochschulbildung auf kurzfristige wirtschaftliche Anreize, der Gefährdung der Chancengleichheit durch eine Verstärkung sowohl der strukturellen und kulturellen Barrieren als auch der bestehenden Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern und der Relevanz des sozio-ökonomischen Hintergrunds überwogen für die Mehrheit der Delegierten. Dazu kamen die Erschwerung des Teilzeitstudiums, die zusätzliche Verschulung der universitären Hochschulen und schlussendlich die Gefährdung des dualen Bildungssystems der Schweiz als weitere Argumente hinzu.

Unter einem gewissen Prestige-Druck sollte Bologna in der Schweiz vor allem schnell implementiert werden und bestimmte damit immer mehr die hochschulpolitische Agenda. Der VSS nahm dabei eine pragmatisch-konstruktive, aber weiterhin sehr kritische „nein, aber wenn, dann – Haltung“ ein und erkämpfte sich die Mitsprache in einigen für die Implementierung der Reform zentralen Gremien. Zusammen mit der CRUS und dem VSH nahm der VSS im vergangenen Jahr eine umfangreiche Studierendenbefragung zu den Studienbedingungen im „Bologna-System“ vor und versuchte so, zu einer zumindest sinnvollen schweizerischen Umsetzung der eigentlich abgelehnten Reform beizutragen. Der durch die SUK-Richtlinien zugesicherte Zugang zu Masterstudiengängen im gleichen Fachbereich an universitären Hochschulen und der starke Einbezug von Fragen zur Erhaltung der Chancengleichheit stellen grosse Erfolge innerhalb der Anstrengungen des VSS dar.

Heute ist der Bologna-Prozess beschlossene Sache, die Frage ob man sich als Studierende für oder gegen die Reform ausspricht stellt sich nicht mehr. Zentral ist jedoch die Frage wie wir den momentanen Stand der Implementierung und die Richtung in welche sich die Reform bewegt beurteilen und welche Schlüsse sich für den VSS daraus ergeben.

Bis 2010 sollte der Europäische Hochschulraum geschaffen sein. Dass die grundsätzlichen Ziele bis dann nicht erreicht werden können, wird mittlerweile von verschiedenen Seiten festgestellt.¹ Für die Studierenden ist es wichtig, dass die in unseren Forderungen aufgeworfenen Punkte angegangen werden, so dass in den nächsten Jahren zumindest die wichtigsten Probleme gelöst und Fehlentwicklungen des Prozesses behoben werden können.

Bestandsaufnahme und Herausforderungen

Die Vorbehalte des VSS stellten sich bisher leider weitestgehend als gerechtfertigt heraus, die Reform hat diverse ihrer Ziele nicht erreicht, in gewissen Fällen erwies sie sich gar als kontraproduktiv. Oft lässt sich dies sowohl für die gesamte europäische Ebene als auch für die nationale Umsetzung in der Schweiz feststellen. Je nach Hochschultyp zeichnen sich in der Schweiz aber unterschiedliche Tendenzen ab.

- Entgegen dem eigentlichen Ziel der Reform kam es an den universitären Hochschulen auf nationaler und internationaler Ebene nicht zu einer eigentlichen Erleichterung der **Mobilität**. Im Gegenteil: Studierende haben mit neuen Mobilitätshindernissen zu kämpfen.

An den universitären Hochschulen hat die überhastete und inkohärente Implementierung des neuen Systems und die sich damit verstärkende Verschulung zu Gunsten so genannter Effizienz häufig zu starrereren Studienstrukturen statt zu mehr Flexibilität geführt, was die Mobilität behindert.

1 London Communiqué, 2007-05-18: "(...) we anticipate that the need for collaboration will continue beyond 2010."

Bologna Follow up Group, 2009: Bologna beyond 2010 report (22.01.2009):
<http://www.ond.vlaanderen.be/hogeronderwijs/bologna/documents/>

Die internationale als auch die innerschweizerische Fachhochschul-Mobilität wurde durch den Bologna-Prozess vielerorts erst ermöglicht. In den alten Strukturen der Fachhochschulen war Mobilität fast gänzlich unmöglich.

Diese Verbesserungen hängen jedoch nicht direkt mit Bologna zusammen, sondern auch mit parallel durchgeführten strukturellen Reformen.

Das Europäische Kredittransfer- und Akkumulierungssystem (ECTS)² wird von den Hochschulen nicht einheitlich gehandhabt, womit Anerkennungsprobleme einhergehen. Zusammengenommen ergaben sich daraus zusätzliche administrative Schwierigkeiten, sowohl im Hinblick auf die horizontale, als auch auf die vertikale Mobilität. Gerade bezüglich der internationalen Mobilität wurden die sozialen Aspekte bisher weitestgehend ausser Acht gelassen. Ein Semester im Ausland ist immer noch ein Privileg für finanziell Gutgestellte, da nicht selten sowohl an der Heim- wie auch an der Gastinstitution Semestergebühren fällig werden oder man die Stipendien nicht mitnehmen kann.

- Dass die **soziale Dimension** der Hochschulbildung erst an der MinisterInnenkonferenz in Bergen 2005 offiziell als im Rahmen des Bologna-Prozesses zu bearbeitendes Politikfeld akzeptiert wurde, ist per se erstaunlich. Es ist inakzeptabel, dass dieses elementare Feld von den Mitgliedsstaaten noch immer nicht ernst genommen wird, obwohl nach wie vor der sozio-ökonomische Hintergrund entscheidend über Aufnahme und Erfolg des Studiums sowie die Wahl des Studienfaches mitbestimmt³. Bezüglich der sozialen Dimension hat sich die Lage in der Schweiz bis heute nicht verbessert, sondern eher verschärft. Durch das Bachelor-/Master-Modell ist es an den universitären Hochschulen schwieriger geworden, ein Teilzeitstudium zu absolvieren, womit die Nebenerwerbsarbeit und die Betreuung von Kindern während dem Studium erschwert wird, was für viele Studierenden ein zusätzliches finanzielles Risiko darstellt.

Die Einführung der Verschulung der Studiengänge, der Anwesenheitspflichten, der Studienzeitbeschränkung, einer Mindestanzahl zu erbringender ECTS Punkte pro Semester oder Jahr und die geringen Möglichkeiten zum Verschieben von Prüfungsterminen oder anderen Leistungsüberprüfungen gefährden auch diejenigen Personen, die sich gerne sozial, politisch, kulturell oder in den Hochschulen engagieren würden. Für die drei von vier Studierenden, welche einer Erwerbsarbeit nachgehen, wie auch für deren Eltern, wird soziale, politischen oder kulturelle Partizipation wirklich schwierig, was in einer nachgelagerten Form der sozialen Selektion mündet. Engagement und Partizipation müssen auf allen möglichen Wegen gefördert werden.

Versteckte Numeri Clausi und Zulassungsbedingungen zu Masterstudiengängen verschärfen die Situation noch zusätzlich. Auf Grund noch immer fehlender ausreichender Stipendien und eingeschränkter Mitnahmemöglichkeit der vorhandenen Studienbeihilfen wird die freie Wahl des Studiums wie auch des Ausbildungsortes häufig noch stark eingeschränkt.⁴

Besonders an Schweizer Fachhochschulen, wo die Studierenden in der Regel aus sozial tieferen Schichten stammen als diejenigen an den universitären Hochschulen, spitzt sich die Problematik der Stipendien immer weiter zu. Diese Unter-Repräsentation der

2 European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS)

3 Schweiz:

- Hauptbericht der Studie zur sozialen Lage der Studierenden, BfS, Neuchâtel 2007
- Bologna-Umfrage von VSS und CRUS von 2008:
<http://www.crus.ch/die-crus/koordiniert-harmonisiert/projekt-bologna-ects/bologna-ects-in-der-schweiz/veranstaltungen/bologna-tagungen-der-crus/6-bologna-tagung-der-crus-in-zusammenarbeit-mit-vss-und-vsh.html>
- Kantonale Stipendien und Darlehen 2007, BfS, Neuchâtel 2008

Europa: EUA Trends V: "In relation to access in particular, while almost all institutions consider widening participation to be important, their expectations of being able to contribute to this development are rather low. This demonstrates the importance of government policy in this area and the need for incentives, all the more so given the obligation felt by many institutions to improve competitiveness by attracting the best students; they sometimes falsely believe that this precludes improving the diversity of the student base." (9)

4 Schweiz: Hauptbericht der Studie zur sozialen Lage der Studierenden, BfS, Neuchâtel 2007

Europa: EUA Trends V, 2007: Mobility flows seem to be closely related to funding policy and socio-economic issues, while changes in degree structures so far seem to have had only a marginal impact. Indeed, the potential for greater mobility between cycles is not greatly exploited at this stage, and is rarely an element of national or institutional policy. Indeed many national funding systems currently act as a disincentive to mobility, rewarding institutions that retain students, but not providing incentives to mobility. (9)

weniger begüterten Schichten in den Hochschulen zeigt die sozialen Selektionsmechanismen in der Bildung nur umso deutlicher auf.

Auch in Sachen Gleichstellung hat sich die Situation nicht verbessert. Das Problem der „leaking Pipeline“ oder „Gläsernen Decken“ besteht weiterhin; zwar beginnen etwa gleich viele Frauen wie Männer ein Studium, ihr Anteil nimmt beim Übertritt vom Bachelor zum Master-Studium und danach zum Doktorat jedoch markant ab und damit auch die Weiterverfolgung einer akademischen Karriere. Es ist mehr als wahrscheinlich, dass die Verschulung der Studiengänge in den universitären Hochschulen und die zusätzlichen strukturellen Barrieren (Anwesenheitspflichten, Minimalregelungen für zu erbringende ECTS Punkte, Höchststudienzeiten, etc.), welche Bologna mit sich bringt, die Personen, die sich um Kinder kümmern, in ihrem Studienfortschritt behindert.

- Den unterschiedlichen Profilen und Zielen der schweizerischen Hochschultypen wird nur ungenügend Beachtung geschenkt. So ist an den universitären Hochschulen im Zuge zunehmender **Ökonomisierung der Bildung** eine einseitige Ausrichtung auf die Wirtschaft und ihre kurzfristigen Bedürfnisse sowie ein Wechsel zur unreflektierten unternehmerisch-operativen Führung der Hochschulinstitutionen festzustellen. Um Schlagworten wie „Employability“ (Beschäftigungsfähigkeit) gerecht zu werden, wird der Bachelor-Abschluss gegen den Beschluss der SUK vermehrt auch an universitären Hochschulen als berufsbefähigender Abschluss forciert und die Master-Studiengänge im gleichen Zuge verkürzt. Die Gebühren haben zugenommen und nicht rentable Studiengänge sind von der Streichung bedroht. An den universitären Hochschulen gibt es einen klaren und teilweise politisch gewollten Trend zur Verkürzung der Studiendauer. Demgegenüber ist an den Fachhochschulen vermehrt eine Beschränkung der belegbaren ECTS festzustellen und immer mehr Freifächer und Vertiefungsrichtungen werden gestrichen.
- Auch bezüglich **studentischer Partizipation** besteht auf allen Ebenen noch Verbesserungspotential. Studierende werden gegenwärtig noch nicht als gleichwertige Partner behandelt. Diesem bereits im Prag Communiqué von 2001 angeklungenen Ziel steht bis heute eine klare top down Struktur gegenüber. Fachhochschulen haben auf Grund des praxisbezogenen Kontaktstudiums mit hoher Anwesenheitspflicht häufig noch keine Struktur der studentischen Mitwirkung geschweige denn Mitbestimmung. Diese muss effizient und gezielt gefördert werden.

Die Befürchtung, dass mit der Bologna-Anpassung die Studiengänge stärker verschult anstatt wirklich modularisiert werden, hat sich zumindest an den universitären Hochschulen bewahrheitet.

Die von oben durchgesetzte Reform der Curricula hat eine Auseinandersetzung mit den Studieninhalten in den kleineren Strukturen (Sektionen, Instituten, Departementen, Richtungen) erst in einem zweiten Schritt ermöglicht, als die Implementierung der Bologna-Strukturen an universitären Hochschulen und Fachhochschulen bereits weit fortgeschritten war. Noch heute hat man in vielen Teilen der Hochschulstrukturen die Ideen und Herausforderungen des Bologna-Prozesses weder wirklich verstanden noch implementiert, was zu chaotischen Bildungswegen führt.

- Das **Zyklen-System mit Bachelor und Master** wurde in der Schweiz vielen Studiengängen übergestülpt, ohne gleichzeitig eine wirkliche, qualitative **Reform der Curricula** vorzunehmen - also ohne die Lerninhalte sinnvoll zu überarbeiten. Das **ECTS** wird noch immer nicht korrekt angewandt, so wurden z.B. oft keine sinnvollen **learning outcomes** definiert. Einige Hochschulen legen Modulbeschreibungen gar nicht offen. Ebenso sind wirklich flexible Curricula vielerorts nicht ermöglicht worden, Studierende der universitären Hochschulen beklagen sich über zu viele sinnlose Obligatorien.⁵ Ein spezielles Problem stellen hier die Assessment-Jahre vieler Studiengänge dar, die

5 Schweiz: Bologna-Umfrage von VSS und CRUS von 2008:

<http://www.crus.ch/die-crus/koordiniert-harmonisiert/projekt-bologna-ects/bologna-ects-in-der-schweiz/veranstaltungen/bologna-tagungen-der-crus/6-bologna-tagung-der-crus-in-zusammenarbeit-mit-vss-und-vsh.html>

Studierende mit Betreuungspflichten oder jene, die auf ein Arbeitseinkommen angewiesen sind, besonders benachteiligen. Der Bologna-Prozess ist in der Schweiz daher im besten Fall als kosmetische Reform zu verstehen, von den angestrebten Verbesserungen ist noch kaum etwas zu sehen.⁶ Auch europaweit lässt sich Ähnliches feststellen.

- In den Prozess der **Qualitätssicherung** kam während den letzten Jahren Bewegung. Die Qualitätssicherungssysteme an den Hochschulinstitutionen und auf nationaler Ebene sind im Aufbau, es gilt abzuwarten, wie sinnvoll sie sich schliesslich entwickeln. Eine allgemeine Problematik besteht darin, dass die Qualitätssicherung von Dozierenden nicht selten als administrativer Aufwand gesehen wird. Ebenso besteht eine Gefahr der Überkontrolle. Den Standards⁷ wird unterschiedliche Beachtung geschenkt, soziale- und die Gleichstellung betreffende Standards werden zweitrangig betrachtet. Ziel sollte nicht nur Qualitätssicherung sondern Qualitätsförderung sein.
- Die **gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse und Studienleistungen** ist noch mangelhaft. Vielerorts werden Studierenden anderer Hochschulen noch unnötige Auflagen gemacht. Eine Ursache dafür ist sicher, dass der nationale Qualifikationsrahmen in der Schweiz noch nicht umgesetzt ist. Der gegenwärtige Vorschlag dazu ist in seiner jetzigen Form wirkungslos und nicht ausgereift. Zu wünschen ist ein sinnvoller Qualifikationsrahmen, der garantiert, dass die Qualifikationen auf den Ebenen der verschiedenen Zyklen landesweit erreicht werden können. Dieser muss mit dem europäischen Qualifikationsrahmen kompatibel sein, so dass das Ziel der erleichterten Anerkennung von Abschlüssen und Studienleistungen im gesamten europäischen Hochschulraum Realität werden kann.
- Die **Lissabon-Strategie** darf nicht mit dem Bologna-Prozess vermischt werden. Es handelt sich um zwei separate Prozesse mit anderen Entscheidungsfindungsstrategien und Zielen. Während die Lissabon-Strategie eine Strategie der Europäischen Union ist, mit dem Ziel, Europa zur "most competitive and dynamic knowledge-based society in the world" zu machen, umfasst der Bologna-Prozess Mitgliedsstaaten weit über die EU hinaus und hat die Schaffung des Europäischen Hochschulraumes zum Ziel. Gerade aus Schweizer Sicht ist es nicht akzeptabel, dass durch den Bologna-Prozess die Lissabon-Strategie und -Rhetorik eingeführt wird, entschieden sich doch nur die EU-Staaten für die Ziele der Lissabon-Strategie.

Forderungen

(a) Bologna-Prozess

Auf europäischer Ebene zeichnet sich der Bologna-Prozess hauptsächlich durch unverbindliche Ziele und sehr viel Selbstdarstellung der Mitgliedsstaaten aus. Auch wenn die Situation alles andere als zufriedenstellend ist, erhält man beim lesen der Stocktaking-Berichte den Eindruck, niemand hätte auch nur ansatzweise Schwierigkeiten bei der Implementierung der Reform. Dies muss sich ändern. Im Hinblick auf die MinisterInnenkonferenz in Leuven vertritt der VSS die Überzeugung, dass die einzelnen Mitgliedsstaaten sich zuerst den Problemen mit den bestehenden Reform-Zielen auf nationaler Ebene annehmen sollen. Um hier Fortschritte machen zu können, braucht es ernsthaftes Engagement, nicht vage Versprechungen auf

6 Schweiz: CRUS, ECTS-Umfrage 2007: <http://www.crus.ch/information-programme/bologna-ects/was-ist-ects.html>

Europa: EUA Trends V, 2007: „The use of ECTS as both a credit accumulation and credit transfer system continues to become more widespread across Europe, with almost 75% of institutions reporting use of ECTS as a transfer system and over 66% as an accumulation system. Yet while a vast majority of institutions are now using ECTS, there remains much work to be done to ensure that they use it correctly. Incorrect or superficial use of ECTS is currently still widespread. Such usage hinders the re-structuring of curricula, and the development of flexible learning paths for students, while also making both mobility and recognition more difficult.“(7)

7 Schweiz: Richtlinien für die Akkreditierung im universitären Hochschulbereich in der Schweiz vom 28. Juni 2007 (in Kraft ab dem 1.9.2007):

<http://www.cus.ch/wDeutsch/akkreditierung/richtlinien/414.205.3.de.pdf>

Europa: Standards and Guidelines for quality assurance in the European Higher Education Area:

<http://www.enqa.eu/files/ENQA%20Bergen%20Report.pdf>

europäischer Ebene. Die Mitgliedsstaaten erkennen des Weiteren bis heute nicht an, dass im Bologna-Raum eine gleichwertige Ausbildung geboten wird. Weiterhin versucht man durch protektionistische Regelungen die „Qualität“ der eigenen Hochschulbildungs-Systeme zu sichern. Eines ist jedoch klar: So wird die Reform ihren eigenen Ansprüchen und Versprechungen nicht gerecht.

In der Schweiz fordert der VSS den Erhalt eines diversifizierten Studienangebots, keine einseitige Ausrichtung auf kurzfristige wirtschaftliche Anreize, kein blosser Ausbau der Bundesgelder entsprechend dem politisch gewollten Anstieg der Studierendenzahlen, kein blosses Verschieben der Gelder hin zu „rentablen“ Fächern, sondern eine grundlegende Investition in die Hochschulbildung. Wir erwarten von der Eidgenossenschaft, dass sie den kleineren Bildungsinstitutionen spezielle Aufmerksamkeit schenkt und darin auch einen Reichtum für die Schweizer Hochschullandschaft sieht; und nicht diesen Reichtum auf Grund einer auf finanziell begründeten Zentralisierung ausspart.

Zentral ist des weiteren, in der Schweiz den Wechsel von der top-down Steuerung wie beim Bologna-Prozess hin zu tatsächlich partizipativen Entscheidungsprozessen und der entsprechenden Hochschulkultur vorzunehmen.

Das heisst, dass die Partizipation aller Beteiligten auf institutioneller und nationaler Ebene, bis in die kleinsten Strukturen der Institute, gewährleistet werden muss. Nur so kann eine sinnvolle Umsetzung der Bologna-Zielsetzungen erreicht werden.

(b) Mobilität

Die Mobilität muss endlich, sowohl national als auch international, aktiv gefördert werden. Dazu braucht es:

- Erleichterungen bei den rechtlichen Voraussetzungen auf der nationalen Ebene
- Bedingungslose Mitnahmemöglichkeit von Studienbeihilfen auf der kantonalen Ebene
- Verbesserung der Beratungs- und Informationsangebote, korrekte Anwendung des ECTS und die konsequente Anrechnung mobil erbrachter Studienleistungen auf der Ebene der Hochschulinstitutionen
- Eine Erhöhung der Mobilitätsstipendien.
- Eine Integration von Sprachkursen in die Planung zu einem Mobilitätsaufenthalt.

Gegenwärtig sind die Hochschulen noch viel zu stark in einem protektionistischen Denken gefangen – man hebt sich von anderen Hochschulen ab, indem man dort erbrachte Leistungen, Auslandsaufenthalte, bzw. an anderen Hochschulen erbrachte Studienleistungen, nicht anrechnet.

(c) Curricula-Reform

Es braucht eine tatsächliche Fokussierung auf die Studierenden und deren Bedürfnisse. Flexible Lernwege und lebenslange Studienmöglichkeiten unter freiem Hochschulzugang sind gerade zur Förderung der Chancengleichheit unbedingt von Nöten. Dies bedingt allerdings einen Wechsel von einer formellen Reform hin zur auf Lernziele und Flexibilität ausgerichteten Curricula-Gestaltung. Zu häufig wurde den alten Studiengängen das neue System übergestülpt ohne eine wirkliche Überarbeitung der Lerninhalte vorzunehmen. Um die angestrebten Ziele zu erreichen, bedarf es mehr Ressourcen (Lehrstühle, Beratungsangebot etc.) für die Hochschulinstitutionen.

Innerhalb der universitären Hochschulen und Fachhochschulen muss eine Reflexion über Studienpläne stattfinden wobei zugleich dafür gesorgt werden muss, dass man sich auf ein gemeinsames System der Planungsarbeit einigt, und doch die jeweiligen Eigenheiten die allen Fachrichtungen innewohnen berücksichtigt.

Damit eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Studienbedingungen und den Lerninhalten geschehen kann, müssen die Ressourcen in den nächsten Jahren stärker steigen als die Studierendenzahlen. Echte Fortschritte sind hier nur mit zusätzlichen Lehrstühlen und besserem Beratungsangebot, also durch die Verbesserung der Betreuungssituation möglich. Ebenso notwendig allerdings ist ein grösserer Wille, diese Ziele auf der Ebene der Hochschulinstitutionen auch sinnvoll umzusetzen. Eine Übermenge an obligatorischen Veranstaltungen und fixen Präsenzzeiten ist zu vermeiden. Auf Assessment-Jahre sollte

komplett verzichtet werden.

(d) Soziale Dimension

Vor allem muss jedoch auch die soziale Dimension endlich ernst genommen werden. Dass alle mit den dazu nötigen intellektuellen Voraussetzungen, unabhängig von sozio- ökonomischen Hintergrund, Alter, Geschlecht oder Herkunft, ein Hochschulstudium aufnehmen und absolvieren können, ist ein Menschenrecht.⁸ Es ist nicht möglich, innerhalb des europäischen Hochschulraums eine innovative, kritische und nachhaltige Bildungsgesellschaft zu fördern, solange die Nationalstaaten nicht bereit sind, ausreichende und an die Studienrealität angepasste Studienförderungsbeiträge bereit zu stellen und an den Hochschulen die entsprechenden strukturellen Erleichterungen zu bieten. In der Schweiz brachte der Bologna-Prozess diesbezüglich keinerlei Verbesserungen. Letztlich ist der Studienerfolg und damit die Qualität der Hochschulbildung von den individuellen Studienbedingungen abhängig⁹. Diese müssen deshalb hoch gehalten und verbessert werden. Dazu braucht es nicht Versprechen und vage Ziele auf europäischer Ebene, sondern konkretes Engagement und verbindliche Selbstverpflichtung der einzelnen Mitgliedsstaaten und der umsetzenden Hochschulinstitutionen.

Ein besseres Betreuungsverhältnis zu erreichen, indem man die Zahl der Dozierenden erhöht, die Klassengrösse (dort wo es Klassenverbände gibt) reduziert oder auch ergänzend Tutoratssysteme ausbaut, ist notwendig und über solche Wege zu erreichen. Die Mitgliedsstaaten müssen ein ganzes Paket von Massnahmen ergreifen um die Chancengleichheit in der Bildung für die Studierenden zu erreichen.

Dieses Engagement muss auch mit einem finanziellen Aspekt verbunden werden, welches gleichwertige Stipendien realisiert, die den wirklichen Bedürfnissen der Studierenden entsprechen. In der Schweiz braucht es unbedingt ein ausgebautes und harmonisiertes Stipendiensystem, welches die freie Studienwahl und Chancengleichheit für alle Studierenden ermöglicht. Zusätzlich sollte man in die Richtung der Abschaffung der Studiengebühren gehen. Dort, wo das nicht der Fall ist, muss man die Befreiung von Studiengebühren möglich machen und jede noch so kleine Erhöhung von Studiengebühren verhindern. Die Schweiz muss alle Mittel in Bewegung setzen um endlich zu garantieren, dass alle Studierenden in der Schweiz gemäss ihren Neigungen und Fähigkeiten studieren können und wenn nötig ein adäquates Stipendium erhalten.

Anerkanntermassen müssen wir der Hochschulbildung und speziell der zugrundeliegenden sozialen dimension mehr Aufmerksamkeit schenken. Der Bologna-Prozess muss demnach so umgesetzt werden, dass deren Effekte auf die Studienbedingungen der Studierenden kontrolliert werden können. Der VSS wünscht sich, dass die Bologna-Umsetzung so vorgenommen wird, dass sie ein System von qualitativ hochstehender tertiärer Bildung hervorbringt, welche den unterschiedlichen Hintergründen und Umständen der Studierenden Rechnung trägt.

Um das zu realisieren darf die Mobilität kein Stiefkind bleiben, die Reform der Curricula muss für alle Beteiligten funktionieren und das Bildungssystem muss allen dieselben Chancen auf erfolgreichen Abschluss garantieren. Die Forderungen der Studierenden müssen deshalb in die Diskussion der Mitgliedstaaten einfließen, welche schlussendlich für die Umsetzung von Bologna zuständig sind, und dadurch die Reform akzeptierbar machen können.

8 Art. 26 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung: <http://www.unhchr.ch/udhr/lang/ger.htm>

9 Schweiz: Bologna-Umfrage von VSS und CRUS von 2008:

<http://www.crus.ch/die-crus/koordiniert-harmonisiert/projekt-bologna-ects/bologna-ects-in-der-schweiz/veranstaltungen/bologna-tagungen-der-crus/6-bologna-tagung-der-crus-in-zusammenarbeit-mit-vss-und-vsh.html>